

Die falsche Hautfarbe

Gewalt in Südafrika: Rassismus gegen Weiße ist im Westen kein Thema

Michael Paulwitz

Ein schleichender Völkermord bahnt sich im Süden Afrikas an. Menschen werden wegen ihrer Hautfarbe überfallen, von ihrem Land verjagt oder gefoltert und ermordet. Bei der Vergabe von Jobs in Staatsbetrieben und Verwaltung haben Angehörige dieser Volksgruppe keine Chance, weil sie die falsche Hautfarbe haben. Selbst bei der Sozialfürsorge fallen sie durchs Raster. Hunderttausende haben bereits das Land verlassen. Ein Ende des Exodus ist nicht abzusehen.

Die Rede ist von Südafrika, und die verfolgte Volksgruppe sind die weißen „Afrikaner“ und insbesondere die burischen Farmer, die seit der Machtübernahme des ANC im Jahre 1994 von einer beispiellosen und von Jahr zu Jahr an Horror zunehmenden Welle der Gewalt heimgesucht werden.

Von den rund 70.000 weißen Südafrikanern, die in den vergangenen knapp zweieinhalb Jahrzehnten ermordet wurden, sind über zweitausend Farmer und ihre Familienangehörigen, die von schwarzen Banden überfallen und getötet wurden. „Plaasmoord“ – „Farmmord“ – ist gezielter Terror gegen eine ganze Volksgruppe. Willkür und viehische Grausamkeit sollen die Weißen, die noch ausharren, einschüchtern und aus dem Land treiben. Mit Erfolg: die Zahl der Farmen hat sich in zwei Jahrzehnten von 62.000 auf 35.000 fast halbiert, Hunderttausende Weiße leben in Armenghettos, fast eine Million sind seit 1994 bereits ausgewandert.

Die Ermunterung für die Mörder, Räuber und Vergewaltiger kommt von ganz oben. Der Schlachtgesang „Erschießt den Farmer, tötet den Buren“ ist bei radikalen Schwarzen populär. Julius Malema, der Anführer der „Economic Freedom Fighters“ (EFF), die offen zum Genozid an den weißen Farmern blasen, wurde für das Absingen des offiziell verbotenen Liedes 2010 noch verurteilt, ein halbes Jahr später stimmte der damalige Präsident Jacob Zuma den Mordaufruf selbst mit an.

Allein das macht die gängige Erklärung, die Farmmorde seien nur Ausfluß der allgemein hohen Kriminalität in Südafrika, zur faulen Ausrede. Zwar steht das „neue“ Südafrika mit einer Rate von 34 Morden auf hunderttausend Einwohner hoch oben an der Weltspitze. Für einen weißen Farmer ist das Risiko, ermordet zu werden, aber noch vier- bis fünfmal höher als für Durchschnitts-Südafrikaner. Der Beruf des Farmers ist in Südafrika sogar gefährlicher als der des Polizisten.

Malema und seine Gefolgsleute argumentieren, Landbesetzungen seien legitim, da die Weißen das Land selbst „gestohlen“ hätten. Historisch ist das mehr als fragwürdig. Manche burische Familie, die heute aufgibt, sitzt seit vierhundert Jahren auf ihrem Land, lange bevor die Zulu und andere Stämme aus dem Norden selbst als Eroberer ins heutige Südafrika kamen.

Im Februar beschloß das Parlament in Kapstadt auf Antrag von Malemas EFF, die entschädigungslose Enteignung weißer Farmer zu ermöglichen. Ein „semantischer Schwindel“, eine Umschreibung für „rassistischen Diebstahl“, kritisiert das Afriforum. Auch kollektive Enteignungen nach ethnischen Kriterien sind völkerrechtlich ein Mittel zum Genozid. Ein ökonomisches Desaster wie im benachbarten Simbabwe, dem früheren Rhodesien, wird bewußt in Kauf genommen: Diktator Mugabe gilt als Vorbild. Um vom eigenen Versagen, von Korruption und Selbstbereicherung abzulenken, werden Weiße zu Sündenböcken gemacht.

Von all dem ist in der westlichen Öffentlichkeit und insbesondere in Deutschland wenig bis nichts zu hören. Empörung über Unterdrückung und Mißhandlung sind jederzeit abrufbar, wenn es um muslimische Gruppen geht wie die „Rohingya“ in Birma oder die „Palästinenser“ im Nahen Osten. „Rassismus“ in Südafrika ist allenfalls ein Thema, wenn ein aufgehetzter schwarzer Mob Läden und Filialen eines europäischen Textilunternehmens plündert und verwüstet, weil der Konzern – in diesem Fall H&M – „rassistische“ Werbung geschaltet haben soll.

Das Schweigen der Gutmeinenden zu den „Farmmorden“ in Südafrika entlarvt den „Anti-Rassismus“ als Ideologie, die Nichteuropäer als institutionalisierte „Opfer“ und Weiße beziehungsweise Europäer als ewige „Täter“ festschreiben soll, um ihnen ein schlechtes Gewissen einzureden und ihren Widerstand gegen multikulturelle Transformationen zu brechen. Was aus diesem schlichten Raster fällt, wird ignoriert und ausgeblendet.

Mit dem paradoxen Ergebnis, daß jedem Schwarzafrikaner, der es nach Europa schafft und behauptet, „verfolgt“ zu sein, bereitwillig Asyl und Versorgung gewährt wird, während kulturell viel näher stehende weiße Südafrikaner, deren Existenz als Volksgruppe in ihrer jahrhundertelangen afrikanischen Heimat auf der Schneide steht, nicht einmal mit Empathie und Aufmerksamkeit für ihr Schicksal rechnen können, geschweige denn mit großzügiger Aufnahme.

Australien, immerhin, hat nach den Enteignungsdrohungen des neuen südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa angekündigt, die Visaerteilung an weiße Südafrikaner zu erleichtern. Solche Einwanderer, „die hierherkommen, sich an unsere Gesetze halten, sich in unsere Gesellschaft integrieren, hart arbeiten und nicht von Sozialhilfe leben“, seien eine „Bereicherung“, erklärte Innenminister Peter Dutton.

In Deutschland sucht man eine solche Haltung vergebens – das würde ja auf eine rationale und an eigenen Interessen orientierte Einwanderungspolitik hinauslaufen. Lieber gewährt man dem korrupten Regime in Südafrika, das seine weißen Bürger entrechtet und verfolgt und dadurch seine eigene ökonomische Basis zerstört, weiter Entwicklungshilfe in dreistelliger Millionenhöhe.